

Flughafen Graz mit Coronaklage erfolgreich

Beteiligung der Messe zahlte sich für Flughafen Graz aus: Die Covid-19-Finanzierungsagentur musste nachträglich 1,34 Millionen nach Graz überweisen.

1. November 2023, 5:00 Uhr



Flughafen Graz

© Fhgrz

Die Covid-19-Finanzierungsagentur des Bundes (Cofag) hat während der Pandemie zahllose Firmen mit Steuer-Milliarden über Wasser gehalten. Ausgenommen davon waren Unternehmen, die sich zu 100 Prozent in öffentlicher Hand befinden. Das kam einigen Flughäfen teuer zu stehen. Am Flughafen Graz hingegen hält man mittlerweile als einziger der Bundesländer ein rechtskräftiges Urteil in Händen, das den Steirern einen Verlustersatz von 1,34 Millionen Euro zuspricht. Inklusiv Zinsen sind es rund 1,5 Millionen. Das bestätigen [Geschäftsführer](#) Jürgen Löschnig und Anwalt Georg Eisenberger gegenüber der Kleinen Zeitung.

Hintergrund: Anders als Linz oder Salzburg stand der Grazer Airport nur zu Beginn

der Pandemie zu 100 Prozent in öffentlicher Hand. Im Frühjahr 2021 ist die [Messe-Gesellschaft \(MCG\)](#) als strategischer Partner eingestiegen – das brachte eine Kapitalerhöhung von 2,3 Millionen Euro. Infolge suchten die Grazer um Geld aus dem „Covid-Topf“ an: Sie wurden abgewiesen, aber zogen vor Gericht. Mit Erfolg.

„Inhaltlich ging es um die Frage, ob jemandem Verlustersatz zusteht, wenn er nur für einen Teil der Coronazeit anspruchsberechtigt war. Man muss die Zeiträume einfach trennen“, skizziert Anwalt Eisenberger. Das Handelsgericht Wien bestätigte die Grazer. Es könne „diese ‚Rechtsansicht‘ (der Cofag bzw. des Finanzministeriums, Anm.) weder sprachlich noch rechtlich in irgendeiner Weise nachvollzogen werden“, ist dem Urteil zu entnehmen. Und: Es würde sich aus der Bestimmung nicht erkennen lassen, dass „ein Teil des beantragten Zeitraumes (jener, in dem alle Voraussetzungen zur Gewährung des Verlustersatzes erfüllt sind), nicht bewilligungsfähig sein soll“.

Inzwischen wurde „der Sockelbetrag von 1,34 Millionen überwiesen, um die Zinsen wird noch gerungen“, sagt Geschäftsführer Jürgen Löschnig. Und er bestätigt, dass der Flughafen Graz (wie andere) eine noch höhere Summe erstreiten wollte. „Rund vier Millionen Euro.“ Dabei ging es – grob verkürzt – um den Fixkostenzuschuss. Der [Verfassungsgerichtshof kippte zwar mittlerweile Teile des Gesetzes, bestätigte aber](#) die Ungleichbehandlung von Unternehmen in öffentlicher Hand.

Jürgen Löschnig, Geschäftsführer des Flughafen Graz © Foto Fischer